

# Bericht

des

## Schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1959

(Vom 15. Februar 1960)

---

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen gemäss Artikel 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege über die Tätigkeit des Bundesgerichts im Jahre 1959 Bericht zu erstatten.

### A. Allgemeines

1. Auf Ende September 1959 ist Herr Bundesrichter Dr. Wilhelm Stauffer nach 23jähriger Zugehörigkeit zum Bundesgericht zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wählte die Bundesversammlung am 1. Oktober 1959 Herrn Emil Schmid, Oberrichter in Bern, der sein Amt am 1. Dezember angetreten hat.

2. Mit Bundesgesetz vom 19. Juni 1959, in Kraft getreten am 1. Januar 1960, sind die Bundesgesetze über die Organisation der Bundesrechtspflege und über die Bundesstrafrechtspflege im Sinne der Anpassung der Streitwertgrenzen an den gesunkenen Geldwert abgeändert worden (AS 1959, S. 902).

Im Anschluss daran hat das Bundesgericht einen neuen Tarif über die Entschädigungen an die Gegenpartei für das Verfahren vor Bundesgericht (vom 14. November 1959) erlassen, der den Tarif vom 21. Dezember 1949 ersetzt und ebenfalls am 1. Januar 1960 in Kraft getreten ist (AS 1959, S. 1735).

Unter dem gleichen Datum hat das Bundesgericht auch einen Tarif für die Gerichtsgebühren aufgestellt, der den Änderungen des Gesetzes, Artikel 153, Absatz 1, Buchstabe *b* OG Rechnung trägt (BGE 85 II 369, IV 213).

3. Als Aufsichtsbehörde im Schuldbetreibungs- und Konkurswesen hat das Bundesgericht als zweiten Nachtrag zum Kreisschreiben Nr. 31 unterm 11. Dezember 1959 ein Kreisschreiben an die kantonalen Aufsichtsbehörden betreffend

Aufbewahrung der Betreibungsbegehren bei Führung des Betreibungsbuches in Kartenform erlassen (BGE 85 III 113, BBl 1960, S. 19).

4. Vernehmlassungen wurden erstattet:

a. dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement:

- zu einem Postulat betreffend das Verantwortlichkeitsgesetz (Haftung des Bundes für rechtmässig verursachte Schädigungen);
- zum Gesuch des Kantons Uri um die eidgenössische Genehmigung des neuen Artikels 71 der Urner Gerichtsorganisation betreffend Kompetenzzuweisung an das Bundesgericht gemäss Artikel 114<sup>bis</sup>, Absatz 4 BV und Artikel 116 OG;

b. dem Eidgenössischen Politischen Departement:

- zu den Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland über einen Staatsvertrag betreffend Einbeziehung der Enklave Büsingen in das schweizerische Zollgebiet (Frage der Verwaltungsstrafrechtspflege);

c. dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement:

- zum Vorentwurf für ein Kartellgesetz (betreffend Verwaltungsgerichtsbeschwerde).

5. Im ordentlichen Geschäftsbereich des Bundesgerichts haben die Neueingänge gegenüber dem Vorjahr im ganzen um 16 Fälle zugenommen.

Die Zunahme beträgt:

bei den Zivilsachen . . . . .	7	
bei den Strafsachen . . . . .	45	+ 52

Demgegenüber haben abgenommen:

die staatsrechtlichen Beschwerden um . . . . .	21	
die verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten um . . . . .	9	
die Rekurse in Schuldbetreibungs- und Konkursachen um . . . . .	6	- 36
		+ 16

#### Zahl der Sitzungen im Jahre 1959

Gesamtgericht . . . . .	3
Verwaltungskommission . . . . .	8
I. Zivilabteilung . . . . .	34
II. Zivilabteilung . . . . .	49
Staatsrechtliche Kammer . . . . .	45
Verwaltungsrechtliche Kammer . . . . .	16
Kassationshof . . . . .	29
Schuldbetreibungs- und Konkurskammer . . . . .	3
Anklagekammer . . . . .	1
Bundesstrafgericht . . . . .	—
Total	<u>188</u>

## Statistik über die Erledigungen von 1955 bis 1959

Natur der Streitssache	1955			1956			1957			1958			1959			Auf 1960 übertragen
	Von 1954 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1955 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1956 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1957 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1958 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	
<i>I. Zivilsachen:</i>																
1. Direkte Prozesse . . . . .	13	16	16	13	10	10	13	12	6	19	3	8	14	13	10	17
2. Berufungen gegen Urteile kantonalen Gerichte . . . . .	113	447	456	104	404	412	96	418	382	132	404	421	115	391	390	116
3. Nichtigkeitsbeschwerden . . . . .	2	23	18	7	9	14	2	13	10	5	3	7	1	7	8	—
4. Andere Zivilsachen (Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren) . . . . .	5	9	14	—	5	5	—	11	9	2	9	6	5	15	15	5
<i>II. Strafsachen . . . . .</i>	91	459	477	73	456	449	80	506	524	62	469	489	42	514	491	65
<i>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten . . . . .</i>	219	707	749	177	643	661	159	692	647	204	641	687	158	620	623	155
<i>IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten . . . . .</i>	83	173	172	84	161	165	80	155	168	67	145	149	63	186	139	60
<i>V. a. Beschwerden betr. das Schuldbetreibungs- und Konkurswesen . . . . .</i>	1	158	156	3	142	140	5	138	138	5	155	155	5	149	144	10
<i>b. Eisenbahn-, Hotel-, Gemeinde- und Banken-Sanierungen . . . . .</i>	—	1	1	—	3	1	2	—	1	1	1	1	1	1	1	1
<i>VI. Freiwillige Gerichtsbarkeit . . . . .</i>	1	3	3	1	5	4	2	1	1	2	3	4	1	3	3	1
Total	528	1996	2062	462	1838	1861	439	1946	1886	499	1833	1927	405	1849	1824	430

Natur der Streitsache	Gesamtzahl der erledigten Geschäfte	Dauer der Geschäfte							Mittlere Dauer von der Erledigung bis zur Zu- führung des Urteils bzw. Beschlusses				
		Bis 1 Monat (= 30 Tage)	1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Grösste Dauer		Mittlere Dauer			
								Jahre		Monate	Jahre	Monate	Monate
<i>I. Zivilsachen:</i>													
1. Direkte Prozesse . . . . .	10	—	1	1	1	5	2	3	3	8	16	—	40
2. Berufungen . . . . .	390	51	153	148	38	—	—	—	11	29	3	12	36
3. Nichtigkeitsbeschwerden	8	1	5	2	—	—	—	—	—	5	2	27	30
4. Revisionsbegehren, Er- läuterungsbegehren und Moderationsgesuche . . . . .	15	7	6	1	1	—	—	—	6	4	1	20	16
<i>II. Strafsachen . . . . .</i>	491	325	116	46	2	2	—	1	4	39	1	4	25
<i>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten und Enteignungen . . . . .</i>	623	201	254	116	37	15	—	1	7	26	2	19	25
<i>IV. Verwaltungsrechtliche Streit- igkeiten . . . . .</i>	139	28	48	37	20	4	2	2	10	26	3	29	30
<i>V. Beschwerden betr. das Schuld- betreibungs- und Konkurs- wesen . . . . .</i>	144	142	2	—	—	—	—	—	1	3	—	7	22
Total	1820	755	585	351	99	26	4						

## Spezieller Teil

### I. Zivilrechtspflege

Eine Übersicht über die Zivilsachen, womit sich das Bundesgericht im Jahre 1959 zu befassen hatte, gibt folgende Tabelle:

Natur der Streitsache	Von 1958 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1960 übertragen
1. Direkte Prozesse . . . . .	14	13	27	10	17
2. Berufungen . . . . .	115	391	506	390	116
3. Nichtigkeitsbeschwerden . . . . .	1	7	8	8	—
4. Revisions-, Erläuterungs- und Modera- tionsbegehren . . . . .	5	15	20	15	5
Total	135	426	561	423	138

Von den Berufungen wurden erledigt durch:

Nichteintreten . . . . .	49
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	60
Gutheissung . . . . .	55
Abweisung . . . . .	203
Rückweisung an die Vorinstanz . . . . .	23
	390

Von den 116 auf 1960 übertragenen Berufungen stammen: eine aus dem Jahre 1956 und 4 aus dem Jahre 1958; die übrigen sind im Berichtsjahre eingegangen (davon 55 in den Monaten November und Dezember). 12 Berufungen konnten wegen gleichzeitiger Hängigkeit eines Rechtsmittels bei einer anderen Behörde noch nicht erledigt werden.

## II. Strafrechtspflege

1. Die Anklagekammer hatte sich mit 27 Fällen (Vorjahr 20) zu befassen, und zwar:

- a. der Aufsicht über eine Voruntersuchung wegen Annahme von Geschenken und passiver Bestechung;
- b. 26 Gerichtsstandsstreitigkeiten, davon 10 unter Behörden zweier oder mehrerer Kantone (Art. 264 BStP); in 16 Fällen wurde der Gerichtsstand auf Begehren einer Partei bestimmt. Mit Ausnahme der Voruntersuchung sind sämtliche Geschäfte erledigt worden.

2. Das Bundesstrafgericht hatte sich mit 3 Fällen wegen Löschung im Strafregister zu befassen, die alle im Berichtsjahr erledigt worden sind.

3. Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 526 (Vorjahr 507), davon 41 aus dem Vorjahr. Von den 1959 eingegangenen Geschäften waren 118 Motorfahrzeugfälle.

Es wurden erledigt durch:

Nichteintreten . . . . .	139
Rückzug oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	27
Gutheissung . . . . .	53
Abweisung . . . . .	243
	<u>462</u>

Die 64 auf 1960 übertragenen Beschwerden sind, mit Ausnahme von zwei Fällen, in denen Revisionsgesuche gegen das kantonale Urteil hängig sind, alle im Berichtsjahr eingegangen, 34 davon in den Monaten November und Dezember.

Von den insgesamt 462 erledigten Geschäften wurden 221 gemäss Artikel 275<sup>bis</sup> BStP vom Dreierausschuss des Kassationshofes erledigt.

## III. Staatsrechtspflege

Die im Jahre 1959 beim Staatsgerichtshof anhängig gewesenen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Von 1958 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1960 übertragen
1. Streitigkeiten zwischen Kantonen (Art. 83 b OG) . . . . .	3	2	5	1	4
2. Streitigkeiten zwischen Vormundschafts- behörden verschiedener Kantone (Art. 83 e OG) . . . . .	—	1	1	1	—
3. Beschwerden wegen Verletzung verfas- sungsmässiger Rechte der Bürger (Art. 84 a OG) . . . . .	131	573	704	568	136
4. Beschwerden wegen Verletzung von Staatsverträgen mit dem Ausland (Art. 84 c OG) . . . . .	8	5	13	5	8
5. Beschwerden betreffend die politische Stimmberechtigung und betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen (Art. 85 a OG) . . . . .	—	10	10	10	—
6. Einsprachen gegen Auslieferungsbegehren fremder Staaten . . . . .	—	1	1	1	—
7. Revisions-, Erläuterungs- und Modera- tionsbegehren (Art. 136 ff OG) . . . . .	—	17	17	14	3
8. Rekurse in Enteignungssachen . . . . .	16	11	27	23	4
Total	158	620	778	623	155

Es wurden erledigt durch:

Nichteintreten . . . . .	160
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	104
Gutheissung . . . . .	76
Abweisung . . . . .	283
	623

205 Fälle wurden durch den gemäss Artikel 92 OG eingesetzten Ausschuss von drei Mitgliedern erledigt, ferner 10 Fälle von der I. Zivilabteilung, 12 Fälle von der II. Zivilabteilung, 5 Fälle von der verwaltungsrechtlichen Kammer und 42 Fälle vom Kassationshof.

Von den 155 auf 1960 übertragenen Geschäften stammen je eines aus den Jahren 1934, 1945 und 1954, 7 aus dem Jahre 1956, 12 aus dem Jahre 1957 und 16 aus dem Jahre 1958; die übrigen sind im Berichtsjahre eingegangen (92 in den Monaten November und Dezember). 32 Geschäfte konnten wegen gleichzeitiger

Hängigkeit eines Rechtsmittels bei einer andern Behörde noch nicht behandelt werden.

Es wurden 93 Begehren um Erlass provisorischer Verfügungen im Sinne von Artikel 94 OG erledigt.

9 Fälle gaben Anlass zu einem Meinungsaustausch mit dem Bundesrat oder den Departementen über die Kompetenzfrage (Art. 96 OG).

#### IV. Verwaltungsrechtspflege

Die im Jahre 1959 anhängig gewesenenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Von 1958 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1960 übertragen
I. <i>Beschwerden betreffend bundesrechtliche Abgaben (Art. 97 und 98 OG)</i> . . . . .	27	66	93	71	22
II. <i>Beschwerden gemäss Art. 99 OG:</i>					
1. <i>Registersachen</i> . . . . .	6	22	28	18	10
2. <i>Stiftungsaufsicht</i> . . . . .	1	1	2	1	1
3. <i>Spielbanken und Lotterie</i> . . . . .	—	1	1	1	—
4. <i>Zollsachen</i> . . . . .	4	6	10	6	4
5. <i>Fabrik- und Gewerbewesen</i> . . . . .	—	1	1	1	—
6. <i>Sozialversicherung</i> . . . . .	4	—	4	—	4
7. <i>Post, Telegraph und Telephon</i> . . . . .	—	1	1	1	—
8. <i>Weitere Fälle (Art. 100 OG)</i> . . . . .	7	13	20	16	4
9. <i>Schutz der Uhrenindustrie</i> . . . . .	5	10	15	12	3
III. <i>Vermögensrechtliche Ansprüche:</i>					
a. <i>des Bundes oder gegen den Bund (Art. 110 OG)</i> . . . . .	1	6	7	—	7
b. <i>aus dem Beamtenverhältnis (Art. 110 a OG)</i> . . . . .	4	4	8	5	3
c. <i>Weitere Fälle (Art. 111 OG)</i> . . . . .	1	—	1	—	1
IV. <i>Prorogation (Art. 112 OG)</i> . . . . .	—	2	2	1	1
V. <i>Kantonale verwaltungsrechtliche Streitigkeiten (Art. 116 OG)</i> . . . . .	—	2	2	2	—
VI. <i>Disziplinarrechtspflege (Art. 117 ff. OG)</i> . . . . .	3	1	4	4	—
<b>Total</b>	<b>63</b>	<b>136</b>	<b>199</b>	<b>139</b>	<b>60</b>

Von den 199 anhängig gewesenenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten sind erledigt worden durch:

Nichteintreten . . . . .	17
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit . . . . .	31
Gutheissung . . . . .	27
Abweisung . . . . .	64

### V. Schuldbetreibung und Konkurs

Die Gesamtzahl der hängigen Beschwerden und Rekurse betrug 154 (6 weniger als im Vorjahr). Erledigt wurden 144, so dass 10 Fälle auf das Jahr 1960 übertragen werden mussten.

Die Erledigung erfolgte durch:

Nichteintreten . . . . .	31
Gegenstandslosigkeit. . . . .	2
Gutheissung . . . . .	34
Abweisung . . . . .	77
	<hr/>
	144

Die Berichterstattung der kantonalen Aufsichtsbehörden gab zu keinen Bemerkungen Anlass.

Auf Antrag der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer wurden ergänzende Vorschriften über die Führung des Betreibungsregisters in Kartenform erlassen, um es unter bestimmten Voraussetzungen zu ermöglichen, dass die Betreibungsbegehren auch bei dieser Art der Registerführung nicht länger als fünf Jahre nach Abschluss der Betreibung aufbewahrt zu werden brauchen. Vgl. den vom Plenum am 11. Dezember 1959 beschlossenen zweiten Nachtrag zum Kreisschreiben Nr. 31 (BGE 85 III 133, BBl 1960, S. 19).

Das seinerzeit von der Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz aufgestellte Postulat, es sollte die Archivierung von Mikrofilmen statt der alsdann zu vernichtenden Originalakten auf spezielles Gesuch bewilligt werden können, wurde im Berichtsjahr fallen gelassen.

Die im Betreibungs- und Konkursverfahren zu verwendenden Formulare wurden in manchen Punkten verbessert.

Aus den Bescheiden der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer an eidgenössische und kantonale Behörden mag folgendes erwähnt werden:

- die ablehnende Stellungnahme zur Eingabe eines Verbandes von Inkassoinstituten an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement betreffend Änderung von Artikel 27 des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes durch Einführung eines Zuschlages zu den Betreibungskosten, der zu erheben wäre, wenn sich der Gläubiger eines berufsmässigen Vertreters bedient;
- die ebenfalls ablehnende Stellungnahme zur Eingabe eines Anwaltes an das nämliche Departement betreffend Massnahmen zur Vermeidung missbräuchlicher Rechtsvorschläge.

*Zwangsliquidation, Nachlassvertrag und Gläubigergemeinschaftsverfahren  
von Eisenbahnunternehmungen*

Das im Vorjahr auf Gesuch einer Bahnunternehmung (Vereinigte Bern-Worb-Bahnen) eröffnete Gläubigergemeinschaftsverfahren wurde nach Ablauf der Nachfrist für die fehlenden Zustimmungen geschlossen mit der Feststellung, die erstrebte Sanierung sei nicht zustande gekommen.

Im Berichtsjahr hat eine andere Bahnunternehmung (die Emmental-Burgdorf-Thun-Bahn) das Gesuch um Einberufung der Obligationärversammlung gestellt, dem entsprochen wurde.

### **VI. Eidgenössische Schätzungskommissionen**

Den Berichten der Präsidenten für das Geschäftsjahr 1959 entnehmen wir folgende Angaben:

- Kreis I:** Von 11 Geschäften, von denen 6 vom Vorjahr übernommen wurden, betreffen: elektrische Leitungen 6, SBB 3, Schiessplätze 1, Flugplätze 1; es wurden 3 Geschäfte erledigt und 8 auf das folgende Jahr übertragen.
- Kreis II:** Von 19 Geschäften, von denen 11 vom Vorjahr übernommen wurden, betreffen: elektrische Leitungen 6, Militärflugplätze 4, Kraftwerke 3, SBB 3, EMD 3; es wurden 12 Geschäfte erledigt und 7 auf das folgende Jahr übertragen.
- Kreis III:** Von 9 Geschäften, von denen 6 vom Vorjahr übernommen wurden, betreffen: SBB 5, Militärflugplätze 2, elektrische Leitungen 2; es wurden 3 Geschäfte erledigt und 6 auf das folgende Jahr übertragen.
- Kreis IV:** Von 20 Geschäften, von denen 9 vom Vorjahr übernommen wurden, betreffen: SBB 5, elektrische Leitungen 10, Privatbahnen 1, Kraftwerke 2, Strassenbau 2; es wurden 11 Geschäfte erledigt und 9 auf das folgende Jahr übertragen.
- Kreis V:** Von 10 Geschäften, von denen 6 vom Vorjahr übernommen wurden, betreffen: elektrische Leitungen 4, Strassenbau 4, Kraftwerke 2; es wurden 5 Geschäfte erledigt und 5 auf das folgende Jahr übertragen.
- Kreis VI:** Von 11 Geschäften, von denen 7 vom Vorjahr übernommen wurden, betreffen: Kraftwerke 1, SBB 4, EMD 2, elektrische Leitungen 3, PTT 1; es wurden 3 Geschäfte erledigt und 8 auf das folgende Jahr übertragen.

Kreis VII: Von 39 Geschäften, von denen 32 aus dem Vorjahr übernommen wurden, betreffen: Kraftwerke 24, elektrische Leitungen 3, SBB 6, Privatbahnen 2, Schiessplätze 2, Zoll 2; es wurden 22 Geschäfte erledigt und 17 auf das folgende Jahr übertragen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Lausanne, den 15. Februar 1960.

*Im Namen des Schweizerischen Bundesgerichts,*

Der Präsident:

**Pometta**

Der Gerichtsschreiber:

**Heiz**